



Nordheimer Geschichte

Ereignisse von den 20er bis zu den 50er Jahren - die Zeit vor, während und nach dem III. Reich

1. Teil: Vorgeschichte

Nachdem im vergangenen Jahr 2025 ein Schwerpunkt der *Nordheimer Geschichten* auf dem Thema „Katzentalbach“ lag, soll es im Jahr 2026 schwerpunktmäßig um das sogenannte „Dritte Reich“ gehen, wobei dazu auch die Jahre davor und danach eine wichtige Rolle spielen. Über diese schwierige, leidvolle und belastete Zeit wurde schon viel geschrieben. Aber es gibt Lücken in den Darstellungen, und auch noch heute tauchen immer wieder Akten und Erkenntnisse auf, die eine Beschäftigung mit diesem Thema sinnvoll und notwendig erscheinen lassen. Einerseits macht es der zeitliche Abstand zu den Ereignissen schwieriger, korrekt darüber zu berichten, andererseits erleichtert dieser zeitliche Abstand aber auch die eine oder andere kritische Aussage. Dabei soll es keinesfalls um Schuldzuweisungen gehen, denn niemand von uns weiß, wie er damals gedacht und gehandelt hätte.

Um die Ereignisse und die Entwicklung hin zum Nationalsozialismus und zum III. Reich auch hier in Nordheim besser verstehen zu können, muss man die dem Nationalsozialistischen Regime vorausgegangene Zeit mit betrachten und berücksichtigen. Eine gute Darstellung der 30er und 40er Jahre in Nordheim bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges findet man im *Heimatbuch Nordheim* auf den Seiten 176 bis 211 in einer Ausarbeitung von Petra Binder.

Die Situation in Nordheim nach dem I. Weltkrieg:

Insgesamt waren aus Nordheim im Ersten Weltkrieg 71 Männer gefallen oder galten als vermisst. Eine große Aufgabe nach dem Krieg war es, die heimgekehrten Soldaten wieder zu integrieren und ihnen den Übergang zurück ins zivile Leben zu ermöglichen. Viele von ihnen waren arbeitslos. Um die Arbeitslosen zu unterstützen, bot die Gemeinde „Notstandsarbeiten“ an, damit ein Grundeinkommen möglich war. Doch die galoppierende Inflation wurde zu einem immer größeren Problem. Zu Beginn der 1920er Jahre hatte das Deutsche Reich bei den Siegermächten riesige Schulden. Um seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, brachte die Regierung mehr und mehr Geld in Umlauf, auch wenn es für die immer höhere Anzahl Banknoten keine materiellen Gegenwerte im Land gab. Immer mehr Geld war bald immer weniger wert, Preise und Löhne explodierten. In den Monaten der Hyperinflation des Jahres 1923 sank der Wert der deutschen Währung so schnell, dass vielerorts die Löhne täglich ausgezahlt wurden. Wer seinen Lohn nicht gleich nach Erhalt wieder ausgab, konnte sich schon Tage, manchmal Stunden später kaum mehr etwas davon kaufen. Wer seinen Lohn erst am Monatsende erhielt, war buchstäblich mittellos. Weil sich die Preise und Löhne fortlaufend erhöhten, wurde bei der Gemeinde Nordheim als Bezugsgröße für die Bezahlung der Tagelöhner der Stundenlohn „im Wert von 1 Liter Milch“ festgesetzt. Auf dem Höhepunkt der Inflation wurde im November 1923 eine neue Währung geschaffen: die Rentenmark, ab Oktober 1924 schließlich die Reichsmark. Die alte Währung wurde abgeschafft.



Inflationsgeldscheine in Billionenhöhe

Mit dem Börsenkrach am „Schwarzen Freitag“ 1929 stürzte die Weltwirtschaftskrise auch Deutschland in eine tiefe Depression. Die Folge war Massenarbeitslosigkeit. Auf ihrem Höhepunkt waren 6 Millionen Menschen erwerbslos. Auch Nordheim war davon stark betroffen. Viele Fabriken mussten Konkurs anmelden und die Arbeiter entlassen. Andere machten nur noch Kurzarbeit, die Löhne sanken auf Höhe der Arbeitslosenunterstützung herab und reichten kaum zur Bestreitung des notwendigen Lebensunterhalts. Die Strumpffabrik Kübler und Mühleisen (ab 1935 Fa. Eberhard) in der Bahnhofstraße wurde bereits 1931 stillgelegt, und auch die Nordheimer Nordstrumpffabrik Müller und Ackermann (ab 1937 Fa. Schneider) beim Bahnhof musste 1933 ihre 45 Arbeiter entlassen, darunter auch Frauen und Mädchen, die ihre Familien mit dem geringen Einkommen unterstützten.



Belegschaft der Strumpffabrik Kübler u. Mühleisen

Notstandsmaßnahmen

An der Spitze der Gemeinde stand bis zum Oktober 1931 Schultheiß Heinrich, der die Gemeinde insgesamt 40 Jahre lang führte. Er kümmerte sich sehr um den Ausbau der Infrastruktur und um die Verbesserung der Situation der Arbeitslosen. So versuchte die Gemeinde z.B., Arbeitslose durch Notstandsmaßnahmen zu beschäftigen. Sie wurden bei Straßenarbeiten, bei der Feldbereinigung, beim Holzmachen im Gemeindewald beschäftigt, und man bemühte sich, auch beim Neckarkanalbau einige Arbeitslose unterzubringen. Durch den Bau des Neckarkanals zwischen Lauffen und Horkheim entstanden damals für ein paar Jahre dringend benötigte Arbeitsplätze. Als Folge dieser Baumaßnahme verlor der Neckar allerdings für Nordheim seine Bedeutung als Transportweg für Holz sowie Baumaterialien wie Sand u. Kies.



Arbeiter am Neckarkanal

1927 wurde mit dem Städtischen Gaswerk Heilbronn ein Vertrag abgeschlossen für die Lieferung von Gas. Die Leitung für das Gas von Heilbronn nach Nordheim wurde als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme verlegt. Ab 1928 hatte man Gas zum Kochen und Heizen in Nordheim zur Verfügung. Im Rahmen der Winternothilfe erhielten betroffene Familien Brennmaterial oder Fleisch zu ermäßigten Preisen, und für Familien, die ihre Miete nicht mehr bezahlen konnten, kaufte die Gemeinde von der Reichsbahn zwei ausgemusterte Personenwagen, die beim Bahnhof

als Notwohnung aufgestellt wurden. Die Zahl der Erwerbslosen stieg weiter an, im März 1929 gab es in Nordheim 53 Arbeitslose, auf dem Höhepunkt im Januar 1933 waren es 135. Die sozialen Folgen der Weltwirtschaftskrise, in Verbindung mit der Massenarbeitslosigkeit, führten zu einer politischen Radikalisierung der Bevölkerung.

Bürgermeisterwahl 1931

In diese außerordentlich schwierige Zeit fiel Ende 1931 die Bürgermeisterwahl, da Schultheiß Karl Heinrich im Oktober dieses Jahres seinen Dienst beendete. Das Interesse an der Nordheimer Bürgermeisterstelle war groß. Es gab zunächst 18 Bewerber, darunter mehrere aktive Ortsvorsteher (Bürgermeister) wie z.B. Bürgermeister Karl Haldenwang aus Walheim. Die Zahl der Bewerber reduzierte sich zunächst auf 15, und nach einer Versammlung in der Siegeshalle am 3. September 1931 blieben noch 5 Bewerber im Rennen. Bei der Wahl am 13. September erhielt der aus Massenbach stammende und 1905 geborene Bewerber Karl Wagner 506 von 1307 abgegebenen gültigen Stimmen und war damit der erste gewählte Bürgermeister der Gemeinde Nordheim. Die Amtseinsetzung erfolgte am 16. Oktober 1931.



Karl Wagner
Bürgermeister von
1931-1966

Der Dienstantritt des neuen Bürgermeisters geschah in einer politisch angespannten, unruhigen Zeit. Die Menschen setzten keine Hoffnung mehr auf die regierenden Parteien. Die Arbeitslosigkeit und die politische Propaganda trieben die Menschen den radikalen Parteien regelrecht in die Arme, wovon besonders die NSDAP profitierte. Am Ergebnis der Reichstagswahlen in Nordheim vom November 1932 sieht man deutlich den zunehmenden Einfluss der Nationalsozialisten auf das Wahlverhalten. Die KPD hatte ihre Stimmenzahl verfünffacht, die NSDAP verzehnfachte ihre Stimmenzahl fast und erhielt ein Viertel aller Stimmen, mehr als der Bauern- und Weingärtnerbund (BWB). Die SPD hatte viele Stimmen eingebüßt, die bürgerlichen Parteien waren in Nordheim völlig bedeutungslos geworden: Die Stimmverteilung: **SPD 353, NSDAP 238, BWB 203, KPD 160**, DDP 18, DNVP 16, DVP 7, Zentrum 2.

Am 30. Januar 1933 ernannte der greise Reichspräsident Paul von Hindenburg den Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Adolf Hitler, zum Reichskanzler. Das war der Beginn der Machtübernahme durch ein neues Regime. Zwei Tage später wurde der Reichstag aufgelöst und der 5. März als Termin für Neuwahlen festgelegt.



Wahltag in Nordheim. Wer nicht laufen konnte, wurde gefahren.
Fahrer: Otto Frank.
Stehend mit Armbinde Fritz Gerlach,
sitzend mit Binde Ludwig Daab.
Hinten im Auto Frau Erichsen und Frau Müller. Rechts hinten Schutzmann Lächele.

Die Reichstagswahl am 5. März 1933 und ihre Auswirkungen in Nordheim

Die Wahl zum Reichstag am 5. März 1933, die letzte, noch einigermaßen freie Wahl, ergab in Nordheim folgendes Ergebnis: Von 1400 Stimmberechtigten wurden 1204 gültige Stimmen abgegeben. Wahlsieger war die NSDAP, sie erhielt 453 (37,6%) Stimmen, das war ein Zuwachs von 215 Stimmen gegenüber 1932. Die SPD verzeichnete mit 375 (31,1%) noch einen leichten

Zuwachs. Die KPD verlor Stimmen und erhielt mit 110 Stimmen nur noch 9,1%, Der Bauern- und Weingärtnerbund (BWB) verlor ebenfalls Stimmen und kam mit 189 Stimmen auf 15,7%. In einem Dorf, in dem früher die Stimmen gleichmäßig auf Sozialdemokraten und BWB verteilt waren, hatte nun die „Hitlerpartei“ eine leichte Mehrheit errungen. Allerdings war das Wahlergebnis der NSDAP in Nordheim schlechter als im Landes- bzw. Reichsdurchschnitt (Württemberg: 41,9%, Reich 43,9%).



Doch dieses Wahlergebnis hatte sowohl in Nordheim wie auch im gesamten Reich keine große Bedeutung mehr. Mit dem am 24. März 1933 vom Reichstag (ohne die Stimmen der SPD) beschlossenen *Ermächtigungsgesetz* konnte Hitler mit seiner Regierung künftig Gesetze ohne Mitwirkung des Reichstages erlassen. Damit war der Weg frei für einen totalitären Führerstaat. Durch das *Gleichschaltungsgesetz* vom 31.3.1933 (Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich) mussten im gesamten Reich alle Gemeinderäte und Ortsparlamente nach dem Ergebnis der Wahl vom 5. März zusammengesetzt werden unter Nichtberücksichtigung der kommunistischen Mandate. Außerdem sollte die Zahl der Sitze verringert werden. Für Nordheim bedeutete das, dass das Gremium von 12 auf 10 Sitze reduziert wurde, davon erhielt die NSDAP 5 Sitze (Paul Buchwald, Karl Hild, Verwalter Hermann Beck, Wilhelm Karle, Karl Klotz). Die SPD bekam 3 Sitze (Wilhelm Wirth, August Reutter und Andreas Widenmeyer) und der Bauern- und Weingärtnerbund erhielt 2 Sitze (Ernst Aufrecht, Friedrich Spöhr). Bereits am 10. Mai traten die 3 Mitglieder der SPD von ihren Ämtern zurück. Die vorgesehenen Nachrücker verzichteten ebenfalls auf ihr Amt als Gemeinderat. Das geschah durch den zunehmenden Druck der Nationalsozialisten. Eine Ergänzungswahl konnte unterbleiben, weil die Zahl der Gemeinderatsmitglieder nicht auf zwei Drittel gesunken war. Doch bereits 1935 wurde dieser Gemeinderat durch die neue „Deutsche Gemeindeordnung“ wieder aufgelöst.

Alle Bürgermeister des Oberamtes Brackenheim wurden auf den 9. August 1933 nach Brackenheim zur „Neuverpflichtung“ auf den Führer und das Reich einbestellt. Die Ortsvorsteher mussten die Politik des NS-Staates umsetzen, die Interessen der Partei vertreten und ihre Verwaltung an die nationalsozialistischen Ideale anpassen. Die Bürgermeister mussten, zumindest pro Forma, die Linie der Partei vertreten. Ansonsten wurden sie ersetzt durch Personen aus der NSDAP (siehe Beutinger in Heilbronn, ersetzt durch Gültig oder Lautenschlager in Stuttgart, ersetzt durch Strölin).

Ulrich Berger